

P R O T O K O L L
der 310. Sitzung des Grossen Gemeinderates

Datum	Dienstag, 29. Mai 2007
Zeit	19.30 – 21.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Künzi-Egli Barbara
Mitglieder	Aebersold Jürg, Aebi Florian, Aeschimann Pia, Bärtschi Markus, Beck Jolanda, Brüngger Samuel, Cadetg-Hafen Ruth, Friedli Rolf, Gossweiler- Ebnetter Isabelle, Graham Marina, Grütter Urs, Häusermann Martin, Heer Kathrin, Kästli Peter, Kauth Adrian, Lehmann Beat, Loosli Marc, Mallepell Elisabeth, Manz-Tanner Judith, Marti Beat, Meyer Roland, Müller Maja, Pedinelli Stotz Daniela, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schönenberger- König Daniela, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Staub Bettina, Stauffer Nando, Streit Lee, Treier Hannes, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna
Stimmzählerinnen	Ruta Francesca, Wenger-Kupferschmied Ursula
Vertreter des Gemeinderates	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Gubler-Geelhaar Patricia, Mangold Kathrin, Pulver-Schober Beatrice, Stalder-Ritschard Barbara, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Bettler-Suter Verena, Chételat-Dangel Caroline, Diem Cyrill, Gantner Urs GR: Hanke Thomas
Zusätzlich anwesend	Schmid Beat, Finanzverwalter Eberhard Rolf, Leiter Hochbau + Planung (Technik)
Protokoll	Laager Simon, Stv. der Gemeindeschreiberin

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 24. April 2007	258
2	Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen 2006	258
3	Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2007	261
4	Verwaltungsbericht 2006	261
5	Leitbild Muri bei Bern (Entwurf); Anhörung des Grossen Gemeinderates	262
6	Legislaturziele 2005 - 2008 (Zwischenbilanz per Ende 2006)	264
7	Sportzentrum Füllerich; Ersatz Kunstrasen und Geräteanschaffung; Objektkredit	265
8	Sanierung des Pflegeheims Muri-Gümligen; Abrechnung des Objektkredits	266
9	Motion SP-Fraktion betr. Änderung der Amtsdauer auf 5 Jahre	271
10	Parlamentarische Interpellation betr. "Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit"	274
11	Interpellation Raaflaub (FDP): Vorsicht Bildschirm!	274
12	Neue parlamentarische Vorstösse	275

Mitteilungen

Die Vorsitzende eröffnet die 310. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Herzlich begrüsse sie die Gäste, die Presse und insbesondere Finanzverwalter Beat Schmid, welcher zu den Geschäften Nr. 2 und 3 für Fragen zur Verfügung stehen werde.

Vor einiger Zeit sei beim Büro des Grossen Gemeinderates der Antrag eingegangen, die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates abzuändern und ein Stehpult mit Mikrofon für die Redner des Parlamentes einzurichten. Heute handle es sich um einen Probelauf. Herr Liebermann und Herr Eberhard hätten die notwendigen Installationen für den Grossen Gemeinderat sowie den Gemeinderat und das Büro des Grossen Gemeinderates vorgenommen. Sie bitte die Mitglieder, bei ihren Voten die Mikrofone nicht in die Hand zu nehmen - wir seien schliesslich nicht bei Musicstar - es sei ausreichend, wenn sie entspannt hinter dem Mikrofon stehen würden. Sie habe sich sagen lassen, die Mitglieder des Gemeinderates sollten ihr mobiles Mikrofon locker wie ein Ice-Cream in die Hand nehmen.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste liegen keine Einwände vor.

1 **Protokoll der Sitzung vom 24. April 2007**

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 **Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen 2006**

Die Vorsitzende weist auf die Dokumente hin, welche Gegenstand dieses Geschäfts seien. Für Fragen stehe Herr Beat Schmid, Finanzverwalter, gerne zur Verfügung. Es gehe in diesem Traktandum um die Jahresrechnung und nicht ums Budget.

Peter Kästli führt als Sprecher der Geschäftsprüfungskommission aus, die GPK habe den Rechnungsabschluss sowie den Bestätigungsbericht der ROD Treuhand erfreut und erleichtert zur Kenntnis genommen und danke der Finanzverwaltung für die gut lesbare Jahresrechnung. Die GPK begrüsse insbesondere den Schuldenabbau um CHF 2 Mio. auf CHF 43 Mio. Die Jahresrechnung 2006 sei zwar (erneut) gut ausgefallen, was jedoch nicht vor neuen Anstrengungen schütze, um die Finanzen auch weiterhin im Lot halten zu können. In diesem Sinne beantrage die GPK, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Der gemeinderätliche Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, hält fest, die Finanzlage unserer Gemeinde sei gesund. Es läge - wie es der Sprecher der GPK bereits gesagt habe - ein sehr erfreulicher Rechnungsabschluss vor. Gegenüber dem Budget resultiere eine Verbesserung von rund CHF 2,7 Mio., was im Quervergleich zu anderen bernischen Agglomerationsgemeinden ein sehr guter Wert sei. Der Überschuss der laufenden Rechnung von rund CHF 1,45 Mio. werde dem Eigenkapital zugewiesen, welches sich dadurch auf CHF 16,1 Mio. belaufe, ausmachend rund 4,3 Steuerzehntel. Damit habe gegenüber der für eine gesunde Finanzpolitik erklärten Zielsetzung von drei Steuerzehnteln ein bedeutendes Polster geschaffen werden können.

Der Grosse Gemeinderat habe bestimmt festgestellt, dass die Vermögenssteuern bei den natürlichen Personen gegenüber dem Vorjahr stagniert hätten. Dies sei insofern nicht auf den ersten Blick erklärbar, weil im letzten Jahr doch eine gewisse Einkommenssteigerung vorgelegen habe und damit eine Erhöhung bei den Steuererträgen logisch gewesen wäre. Des Rätsels Lösung sei einfach: Im Jahr 2005 habe die Gemeinde zusätzliche Steuergelder von Veranlagungen aus Vorjahren im Umfang von rund CHF 2,5 Mio. eingenommen, was im Jahr 2006 nicht der Fall gewesen sei. Genau der umgekehrte Effekt sei bei den Gewinnsteuern der juristischen Personen eingetroffen, wo die Gemeinde Muri bei Bern im Jahr 2006 von gewissen Veranlagungen aus den Vorjahren habe profitieren können, was sich bis zu einem gewissen Grad ausgeglichen habe. Damit sei gleichzeitig auch gesagt, dass die Budgetierung der Einkommens-, Vermögens- und Gewinnsteuern relativ schwierig sei, weil man nie wisse, in welchem Rhythmus die kantonale Steuerverwaltung Veranlagungen aus den Vorjahren noch vornehme und zu welchem Resultat diese Veranlagungen führen würden.

Auch bei den Investitionen liege die Gemeinde im langjährigen Trend auf einem guten Weg. Rund 80% der geplanten Investitionen seien realisiert worden. Dies habe - zusammen mit den guten Steuererträgen - dazu geführt, dass ein Selbstfinanzie-

rungsgrad von 167% erreicht worden sei, was den weiteren Schuldenabbau um CHF 2 Mio. ermöglicht habe.

Auch von den Nachkrediten gebe es Erfreuliches zu berichten, obwohl es womöglich auf den ersten Blick nicht danach aussehe. Das Volumen dieser Nachkredite sei mit CHF 4,5 Mio. relativ hoch. Es müsse jedoch in diesem Zusammenhang festgestellt werden, dass davon CHF 2 Mio. als zusätzliche Abschreibungen, rund CHF 1 Mio. als zusätzliche Sozialausgaben, welche in die Lastenverteilung überführt werden könnten und rund CHF 300'000.00 als zusätzliche Leistungen im Bereich Finanzausgleich abgezogen werden könnten. Somit würden mit anderen Worten jene Nachkredite, welche einigermaßen im Bereich des Beeinflussbaren lägen, rund CHF 1,2 Mio. ausmachen, was ein sehr guter Wert sei. Anzahlmässig würden die 151 Nachkredite einen der tiefsten Werte seit 16 Jahren ausweisen. Namens des Gemeinderates beantrage er dem Parlament, die erfreuliche Rechnung 2006 zu genehmigen.

Urs Grütter verdankt namens der SVP-Fraktion den aussagekräftigen und doch nicht allzu langen Bericht. Er habe sich an die Rechnungsablage und die Berichtsform gewohnt und danke der Finanzverwaltung für die gute Präsentation.

In einem erfolgreichen Jahr hätten also Schulden in der Höhe von CHF 2 Mio. abgebaut werden können, was eigentlich heissen würde, dass es 20 solche Jahre bräuchte, um komplett schuldenfrei zu sein. Wir könnten nur hoffen, dass die Investitionen auch entsprechend lange halten würden. Das Sparpotenzial, welches die SVP-Fraktion in ihrem Postulat aufgezeigt habe, sei in keiner Art und Weise eingesetzt worden. Für die SVP-Fraktion heisse das Folgendes: Wenn die überschüssigen CHF 2 Mio. auf den Steuersatz bezogen würden, ergebe dies ungefähr 0,07. Also wäre der Steuersatz bei einem ausgeglichenen Budget 0,92. Um weitere Amortisationen vornehmen zu können, wäre es angebracht, das von der SVP-Fraktion aufgezeigte Sparpotenzial endlich umzusetzen zu versuchen, womit wir wieder ein wenig näher dorthin gelangen würden, wo wir hingehörten.

Adrian Kauth hält namens der FDP/jf-Fraktion fest, der Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen liege - wie schon gewohnt - in einer ausführlichen und übersichtlichen Form auf. Es habe ein erfreuliches Resultat erreicht werden können, welches hauptsächlich auf nicht beeinflussbare Mehreinnahmen bei den Steuern und auf eine konsequente Einhaltung und Kontrolle der Aufwände zurückzuführen sei. Das ergebe einen Überschuss, welcher dem Eigenkapital zugeführt werden könne, was für die Budgetdiskussion i.S. Steuersatz im Herbst einen gewissen Spielraum gebe. Er danke dem Finanzverwalter und seinem Team, der Verwaltung sowie dem Gemeinderat bestens.

Johanna Ziberi verdankt namens der SP-Fraktion die Arbeit für den Verwaltungsbericht 2006. Auch heuer habe sie diesen gewohnt genau angeschaut, dabei festgestellt, dass das Budget ausgeglichen ende und sich gefragt, ob dieses Ergebnis tatsächlich erfreulich sei, oder ob nicht noch einige Überlegungen angestellt werden müssten.

Aus ihrer Sicht wiege sich die Bevölkerung damit in einer falschen Sicherheit. Es grenze schon fast an Betrug und sei ein Zufallstreffer, welcher auf Kosten des Investitionsplans gehe. Begutachte man die Seite 17 des Verwaltungsberichts Finanz- und Steuerwesen: Hinsichtlich des Investitionsanteils würden wir alle wissen, dass nur langfristige und nachhaltige Investitionen ein Budget berechenbar und die Kosten absehbar machen würden. Ein Auto würden wir in den Service bringen, bevor es in den Ferien einen Schaden nehme. Der Investitionsgrad im Jahr 2006 betrage lächerliche 4,65%. Als Vergleich nenne sie die Empfehlung des Kantons, welche bei 10-12% liege. Somit sei unser Investitionsgrad "unter jedem Hund". Beim Mittelwert von 10,42% müsse sie darauf hinweisen, dass dieser nicht ganz den Tatsachen entspreche. Die im Jahr 2004 ausgewiesenen 18,87% seien auf fremdbestimmte Investitionen zurückzuführen, weil uns der Kanton zur Sanierung der Worbstrasse bewegt

habe. Damit würden wir die Sünden, welche wir jetzt begehen würden, rechtfertigen. Wie schnell das Budget aus dem Ruder laufen könne, zeige uns beispielsweise der Ausgabenüberschuss in der Bildung: Auf Seite 9 liege ein Ausgabenüberschuss in der Höhe von CHF 297'627.52 vor. Mit diesen Ausgaben seien aber unsere Kinder nicht etwa besser ausgebildet worden. Auf Seite 10 sehe man, dass primär die Heizkosten für diese Ausgaben schuld seien. "Massiv höhere Gas- und Ölpreise, welche zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht absehbar waren, haben zur Überschreitung der Heizkosten geführt". Hätten wir frühzeitig in alternative Heizenergie investiert, wären wir womöglich ein bisschen weniger von unberechenbaren Schwankungen oder unabsehbaren Überschreitungen abhängig. Sie schlage vor, dies bei der nächsten Heizungssanierung in Betracht zu ziehen.

Für das Jahr 2007 stelle man fest, dass genau das gleiche Problem und dieselben Sünden vorliegen würden. Heute Morgen habe sie bei Herrn Friderich angefragt, wie es sich mit Sonnenschirmen im Aarebad verhalte, etwas, was andere Gemeinden längst hätten. Unsere Babys seien der Sonne ausgesetzt. Antwort: "Es tut uns leid, aber dafür ist kein Betrag budgetiert. Vielleicht nächstes Jahr." Gesunde Finanzlage oder gesunde Babys, was sei uns lieber? Sie möchte nochmals darauf hinweisen, dass für die SP-Fraktion nur langfristige und nachhaltige Investitionen ein ausgeglichenes Budget sichern könnten, alles andere sei Betrug am Steuerzahler.

Martin Häusermann hält namens des Forums fest, die Rechnung 2006 dürfe insgesamt als erfreulich beurteilt werden, zumal der Voranschlag 2006 seinerzeit ziemlich umstritten gewesen sei. Sowohl Ertrags- wie Aufwandseite seien in der Botschaft transparent wiedergegeben und würden aufzeigen, dass die Verwaltung gut mit den Vorgaben umzugehen wisse. Er danke an dieser Stelle dem Gemeindepräsidenten, der Finanzverwaltung und den Abteilungsleitern, insbesondere für ihre Ausgabendisziplin.

Der gute Abschluss stehe jedoch auf wackeligen Beinen. Zwar seien im Abschluss 2006 keine ausserordentlichen Sonderfaktoren wie Desinvestitionen oder Fondsaufösungen enthalten, aber die Zukunft bleibe weiterhin unberechenbar. Der finanzielle Lastenausgleich werde bis 2009 weiter zunehmen und es stehe eine Steuergesetz-Revision an, welche ab 2009 möglicherweise zu Steuerausfällen führen dürfte. Auch das Forum sei der Meinung, die Investitionen könnten nicht beliebig lang auf diesem tiefen Niveau plafoniert werden. Es stünden weitere Investitionsvorhaben an, beispielsweise die letzte Etappe der Schulhaussanierungen, die Errichtung einer weiteren Tagesschule, eine allfällige Sanierung des Aarebades sowie weitere Aufgaben, welche wir jetzt noch nicht kennen würden. Die Forum-Fraktion werde der Jahresrechnung 2006 zustimmen.

In der anschliessenden, kapitelweisen Durchberatung der Jahresrechnung werden keine Änderungsanträge oder Fragen gestellt.

Anlässlich der Konsultation der Nachkreditabelle wird das Wort nicht verlangt.

Zum Bestätigungsbericht der ROD Treuhand werden keine Fragen gestellt.

Beschlüsse (einstimmig)

1. Der Verwaltungsbericht 2006, Abschnitt „Finanz- und Steuerwesen“, wird genehmigt.
2. Von den Nachkrediten in der Gesamthöhe von CHF 4'503'320.00 wird Kenntnis genommen.
3. Die Jahresrechnung 2006, die mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'455'112.54 abschliesst, wird genehmigt.

3 Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2007

Die Vorsitzende führt aus, die GPK habe keinen Sprecher bestimmt, dem Geschäft jedoch einstimmig zugestimmt.

Der gemeinderätliche Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, wünscht das Wort nicht.

Eintreten wird nicht bestritten.

Es werden keine Voten vorgetragen.

Beschluss (einstimmig)

Mit der Vornahme der Prüfung von Buchhaltung und Jahresrechnung 2007 wird die ROD Treuhand beauftragt.

4 Verwaltungsbericht 2006

Die Vorsitzende führt aus, die GPK habe keinen Sprecher bestimmt, dem Geschäft jedoch einstimmig zugestimmt. Für Auskünfte würden die Ressortverantwortlichen zur Verfügung stehen.

Seitens des Gemeinderates wird das Wort nicht verlangt.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende führt aus, wie man schon letztes Jahr festgestellt habe, widerspiegle dieser Bericht die politische, kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt von Muri-Gümligen. Er zeige eine gut funktionierende Gemeindeverwaltung auf und sei Informationsquelle und Nachschlagewerk für jedermann, nicht nur für Politiker. So habe sie dem Bericht beispielsweise entnehmen können, dass im Tagestreff für Behinderte und Betagte mehr Frauen als Männer seien oder, dass die Gemeindebibliothek über rund 21'000 ausleihbare Medien verfüge, die Ausleihungen jedoch rückgängig verlaufen würden oder, dass die Feuerwehr 181 mal ausgerückt sei, also praktisch jeden zweiten Tag. Man könne dies so zur Kenntnis nehmen oder aber auch hinterfragen. Der Bericht sei gut strukturiert, habe Grafiken und Tabellen sowie seit 2005 Fotos und sei nicht mehr verwaltungsbau, sondern geschäftsmässig weiss. Im Bericht stecke viel Arbeit. Sie habe den Auftrag, im Namen aller Fraktionen dem Gemeinderat für die verantwortungsbewusste Leitung, dem Personal für die tagtägliche Arbeit und allen engagierten Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger für die Mitarbeit in den Kommissionen und anderen Gremien zu danken.

Die Vorsitzende schlägt vor, auf die kapitelweise Detailberatung zu verzichten und teilt mit, dass Fragen zu einzelnen Kapiteln jetzt gestellt werden könnten.

Es werden keine Fragen gestellt oder Voten vorgetragen.

Beschlüsse (einstimmig)

1. Der Verwaltungsbericht 2006 wird genehmigt.
2. Die Vorstösse gemäss Kapitel 28 werden als erledigt abgeschrieben.

5 Leitbild Muri bei Bern (Entwurf); Anhörung des Grossen Gemeinderates

Die Vorsitzende führt aus, die GPK habe keinen Sprecher bestimmt, dem Geschäft jedoch einstimmig zugestimmt.

Der gemeinderätliche Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, informiert, der Gemeinderat habe zur Erarbeitung sehr viele Grundlagen beigezogen, insbesondere habe er auch - und da sei das Timing perfekt gewesen - die Eingaben der Bevölkerungsforen vom Frühsommer 2006 berücksichtigt. Er habe sich auch einen Überblick über Leitbilder von anderen Gemeinden verschafft und anlässlich einer Analyse das aus seiner Sicht Sinnvolle und Zweckmässige übernommen. Bei der Erarbeitung eines Leitbildes gebe es das Extrem einer viel zu knapp und allgemein gehaltenen A4-Seite und andererseits ein 10 bis 20 Seiten umfassendes Werk, wo man sich im Detail verlieren und die strategische Ebene verlassen würde. Der Gemeinderat habe sich für eine Mittelvariante entschieden. Er sei gespannt auf die Hinweise aus dem Parlament im Hinblick auf die definitive Verabschiedung des Leitbildes.

Ruth Raaflaub dankt namens der FDP/jf-Fraktion für die Erarbeitung des Leitbildes. Sie befürworte das Leitbild, welches klar verständlich und relativ kurz gehalten sei und danke für die Möglichkeit der Anhörung. Auf Änderungsvorschläge verzichte sie.

Judith Manz führt namens der SP-Fraktion aus, sie sei mit dem Gemeinderat einverstanden, dass ein Leitbild erarbeitet werden sollte. Bei der Erarbeitung müsse Folgendes beachtet werden:

1. Die Erarbeitung eines Leitbildes sei ein Prozess. Im vorliegenden Entwurf der Gemeinde Muri bei Bern sei dieser Prozess nicht ganz ersichtlich. Die Grundlagen seien zwar aufgelistet, wie dieser Prozess jedoch abgewickelt und wer involviert gewesen sei, sei unklar. Für die Verbindlichkeit eines solchen Instrumentes sei es jedoch wichtig, dass dieser Prozess breit abgestützt stattfinde.
2. Es fehle eine Analyse über Chancen und Risiken der Gemeinde Muri bei Bern. Es wäre sicherlich sinnvoll, wenn im Leitbild eine solche Analyse bereitgestellt würde. So wäre ersichtlich, wie der Gemeinderat die Zukunft einschätze, woraus sich dann die Ziele des Leitbildes ergeben würden.
3. Als nächster Schritt müssten die Strategie und mögliche Massnahmen folgen, wie denn die Ziele erreicht werden sollten. Man könne durchaus die Legislaturziele als Instrument zur Umsetzung des Leitbildes anschauen, welche beim Geschäft 6 vorlägen. Zum jetzigen Zeitpunkt seien diese chronologisch nicht in der richtigen Anordnung, weil sie vor dem Leitbild formuliert worden seien. Damit das Leitbild wirklich zum Tragen komme, müssten sich die Legislaturziele 2009-2012 darauf abstützen. Es brauche also klare Vorstellungen, wie das neue Leitbild in den Führungszyklus integriert werde.

Der vorliegende Entwurf stelle nach Ansicht der SP-Fraktion eine grosse Gefahr dar, als Papiertiger zu enden. Der Gemeinderat könnte die Erarbeitung dieses Leitbildes zum Anlass nehmen, um die Führungsinstrumente aufeinander abzustimmen und als wirksames Mittel für eine transparente Kommunikation im Parlament und in der Bevölkerung einzusetzen. Dies wünschte sich die SP-Fraktion.

Sie habe noch einige konkrete, inhaltliche Ergänzungen anzubringen:

Punkt 1 "Leitidee": Hinweis auf ein Gleichgewicht in der Altersstruktur

Punkt 3.1 und/oder 3.4 "Wohnen" resp. "Umwelt/Energie": Aussagen zum Thema Luft und Lärm

Punkt 3.5 "Verkehr": Formulierung betreffend behindertengerechte Verkehrswege

Punkt 3.10 "Führung und Verwaltung": Hinweis, gleiche Chancen für alle im Personalwesen. Niemand solle wegen Hautfarbe, Religion, Geschlecht etc. diskriminiert werden. Zudem sollten Arbeitsplätze für handycapierte Menschen ermöglicht werden.

Lee Streit dankt namens des Forums dem Gemeinderat, dass er das Parlament im Rahmen der Anhörung zum Entwurf in den Entstehungsprozess des Leitbildes miteinbeziehe. Auch sie habe um die Leitbildgläubigkeit gewusst und sei der Forderung nach einem Leitbild ziemlich kritisch oder skeptisch gegenübergestanden. Im Gegensatz zur SP-Fraktion sei das Forum von diesem Entwurf positiv überrascht. Es handle sich hier nicht nur um schöne Formulierungen, sondern um klare, strategische Zielsetzungen, ohne sich allzu konkret auf etwas festzulegen. Diese Methode habe ihnen eben gerade gefallen: Auf allen Ebenen zuerst eine Bestandesaufnahme, danach eine Absichtserklärung/Zielsetzung und daraus die angestrebte Realisierung machen, was eben mit den Legislaturzielen käme. Sie habe erfreut festgestellt, dass das familienergänzende Betreuungsangebot im Entwurf neu im Handlungsfeld Bildung und nicht mehr, wie früher üblich, unter Sozialem aufgeführt sei. Das zeige eine neue, gesellschaftspolitische Blickrichtung auf. Auch sie hätte gerne zu einigen Punkten ange-regt:

Punkt 3.5 "Verkehr": Das Wort "leistungsfähig" in Alinea 3 habe sie gestört. Die Infrastruktur müsse allen dienen, nicht nur den Schnellen und Starken. Sie müsse benutzerfreundlich sein, daher beantrage sie, den Passus wie folgt abzuändern: "Wir wollen sicherstellen, dass die Strasseninfrastruktur auch in Zukunft die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt." Bei Alinea 4 habe ihr ein Hinweis auf den Bereich Schulanlagen gefehlt, sie schlage vor: "Wir wollen in allen Wohnquartieren und im Bereich von Schulanlagen verkehrsberuhigende Massnahmen treffen."

Punkt 3.7 "Gesundheit": Bei Alinea 3 sollten auch die kranken Menschen erwähnt werden, sie schlage vor: "Wir wollen ein vielfältiges Angebot von ambulanten und stationären Einrichtungen für kranke, ältere oder behinderte Menschen bereitstellen."

Punkt 3.9 "Finanzen": Bei Alinea 3 habe sie der Ausdruck "die heutigen Ausgaben" gestört. Was heute gelte, gelte womöglich in einem Jahr nicht mehr. Das "heutige" sollte eigentlich "nötige" heissen, sie schlage vor: "Wir wollen die erforderlichen Aufgaben ohne zusätzliche Verschuldung erfüllen". Dies wäre unserer heutigen Situation entsprechend.

Sie hoffe, das Leitbild bilde die Grundlage für die nächsten Legislaturziele und werde nach der heutigen Zwischenbilanz für die laufenden Arbeiten wegweisend sein. Vor allem wünsche sie sich, dass viel von dem, was aktuell noch unter "wir wollen" aufgeführt sei, ins konkrete Handeln umgesetzt werde und nicht wegen fehlenden finanziellen Ressourcen zurückgestellt werden müsse. Das Forum bedanke sich für die durchdachte Arbeit und die Mitwirkungsmöglichkeit.

Marc Loosli erklärt namens der SVP-Fraktion, er unterstütze das Leitbild und habe an der vorliegenden Form Freude. Er habe nicht im Sinne, an einzelnen Wörtern oder Sätzen zu basteln. Die SVP-Fraktion möchte einfach, dass die Politik in Zukunft nach diesem Leitbild - man könnte auch sagen, nach diesem Strategiepapier - ausgerichtet werde.

Urs Grütter (SVP) führt aus, wenn uns nicht das Volk mit SARZ oder wir uns selber durch laufende Verkleinerung bis hin zur Bedeutungslosigkeit abschaffen würden, dann würden sie schon dafür sorgen, dass dieses Leitbild kein Papiertiger bleibe. Jenes - und das habe ihn bei einigen Ergänzungswünschen in die Nase gestochen - was bereits in Bundesgesetzen und -verfassung stehe, habe der Gemeinderat zu Recht nicht ins Leitbild aufgenommen. Er sei froh, dass hier gewisse Details betreffend Verkehr nicht enthalten seien. Man habe ja zuletzt in den Zeitungen lesen können, dass die Verkehrsberuhigungsphilosophien heute als Feinstaub- und Schadstoffemissionssünder erkannt worden seien. Wenn man nämlich mit 30 km/h im dritten Gang durchs Quartier fahre, verursache man viel weniger Dreck, als wenn man zweimal hinter einem Bus und dreimal hinter Parkplätzen anhalten, den Gegenverkehr passieren lassen und wieder beschleunigen müsse. Daher sei die SVP-Fraktion mit dem Leitbild in dieser Form sehr zufrieden und werde schon dafür sorgen, dass

es kein Papiertiger bleiben werde - zumindest so lange, wie sie nicht abgeschafft würden.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Beschlüsse (einstimmig)

1. Vom Entwurf des Leitbilds wird im Rahmen der Anhörung Kenntnis genommen.
2. Das Postulat der SVP-Fraktion betr. Erarbeitung eines Leitbilds wird als erledigt abgeschrieben.

6 Legislaturziele 2005 - 2008 (Zwischenbilanz per Ende 2006)

Die Vorsitzende führt aus, die GPK habe keinen Sprecher bestimmt, dem Geschäft jedoch einstimmig zugestimmt.

Hans-Rudolf Saxer hält namens des Gemeinderates fest, die Legislaturziele seien für ihn ein unverzichtbares Führungsinstrument, weshalb der Gemeinderat auch schon seit längerem damit arbeite. Dieses Instrument habe selbstverständlich auch Auswirkungen, einerseits auf Vorgaben zuhanden der Abteilungen und Bereiche der Gemeindeverwaltung, und andererseits auf die individuellen Zielsetzungen an die einzelnen Angestellten im Rahmen der Mitarbeitergespräche. Es sei unabdingbar, dass bei den Legislaturzielen ein regelmässiges Controlling stattfinde, was schwerwiegend dann geschehe, wenn es innerhalb der vier Jahre darum gehe, neue Legislaturziele zu erarbeiten. Weil dies jedoch ein zu langer Zeithorizont wäre, werde bei Legislaturhälfte eine Zwischenbilanz sowie jährlich im Rahmen des Verwaltungsberichts quasi partiell Bericht erstattet. Für den Gemeinderat stehe ausser Zweifel, auch in Zukunft mit diesem wertvollen Instrument zu arbeiten. Anfangs 2009 werde er dem Grossen Gemeinderat einerseits die neuen Legislaturziele zur Kenntnis bringen und andererseits auch Bericht erstatten über den Vollzug der Legislaturziele der laufenden Periode.

Pia Aeschimann (Forum) dankt dem Gemeinderat herzlich, dass er seine Legislaturziele publik gemacht habe. Dass diese ein unverzichtbares Führungsinstrument darstellten, habe sie wahnsinnig gefreut. Zugleich habe es sie auch erstaunt, dass diese nicht publik gemacht worden seien - vor allem gegenüber dem Grossen Gemeinderat. Sie als Motionärin habe keine Pendenzenliste erwartet, sondern wissen wollen, woran der Gemeinderat im Moment und in der Zukunft arbeite. Das ermögliche nämlich für sie und wohl auch für die vielen Parlamentarier, welche die Motion mitunterzeichnet hätten, eine gute Information und Orientierung, sodass sie mitdenken und sich auf Geschäfte vorbereiten könnten. Sie stimme der Abschreibung der Motion zu, habe jedoch noch zwei Wünsche:

Sie möchte nicht, dass das Parlament erst nach zwei Jahren wiederum mit den Legislaturzielen konfrontiert werde, sondern schlage vor, dass die Parlamentarier jeweils zu Jahresbeginn von den zuständigen Exekutivmitgliedern in Kürze die Ziele und Arbeiten der wichtigsten Geschäfte vernehmen würden, sodass das Parlament informiert sei, ganz im Stil, wie die Information über das Gümligenfeld im Januar 2007 erfolgt sei. Das wäre nicht nur für den Grossen Gemeinderat, sondern auch für die Arbeit im Büro praktisch. Eigentlich müsste das Büro die Sitzungstraktanden festlegen, wozu es eine Übersicht bräuchte. Im Moment würden einfach jene Geschäfte traktandiert, welche beschlussfähig seien, andernfalls falle die Sitzung aus.

Der zweite Wunsch betreffe den Versand der Unterlagen. Es wäre ihr dienlich, wenn - sofern möglich - der Gemeinderat bei einigen Geschäften gewisse Vorarbeiten leisten könnte, sodass die Parlamentarier die Unterlagen ein wenig früher erhalten würden. Dies sei nicht bei allen Geschäften wichtig. Bei einzelnen Vorlagen würde dies den

Parlamentariern jedoch wertvolle Zeit geben, um die Geschäfte prüfen und Abklärungen vornehmen zu können, was unter Umständen auch verhindern würde, dass an der Sitzung ein Time-out einberufen werden müsste. Diese beiden Wünsche möchte sie verwirklicht haben, denn sie wolle in dieser Gemeinde eine transparente und qualitativ hochstehende politische Arbeit.

Es werden keine weiteren Voten vorgetragen.

Beschlüsse (einstimmig)

1. Von den Legislaturzielen 2005 – 2008 (Zwischenbilanz per Ende 2006) wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion Aeschmann (Forum) betreffend Bekanntgabe der Legislaturziele wird als erledigt abgeschlossen.

7 Sportzentrum Füllerich; Ersatz Kunstrasen und Geräteanschaffung; Objektkredit

Die Vorsitzende führt aus, die GPK habe keinen Sprecher bestimmt, dem Geschäft jedoch einstimmig zugestimmt.

Patricia Gubler möchte als gemeinderätliche Sprecherin eine Frage hinsichtlich der Entsorgungskosten beantworten, welche sich in den Fraktionen gestellt habe. Die Entsorgung des Kunstrasens sei im Kredit inbegriffen. Sie erfolge fachgerecht und koste insgesamt rund CHF 10'000.00.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Wegmüller erklärt namens der SP-Fraktion, er stelle fest, mit dem neuen Kunstrasen auf dem Sportzentrum Füllerich werde bei einem allfälligen Verschwinden des Sportplatzes Turbenweg noch kein Ersatz geschaffen. Umso mehr der Botschaft entnommen werden könne, dass der Platz auf allen Seiten eingezäunt werden solle und so nur beschränkt benutzbar sei. Die eine Frage hinsichtlich der Entsorgungskosten habe der Gemeinderat bereits beantwortet. Die zweite Frage laute - auch im Hinblick auf ein anderes heute Abend traktandiertes Geschäft - ob die Position "Reserve/Unvorhergesehenes" mit dem Betrag von CHF 7'000.00 genügend hoch berechnet sei. Wenn diese Frage positiv beantwortet werden könne, stimme die SP-Fraktion diesem Geschäft zu.

Beat Marti verweist namens der Forum-Fraktion auf ein Projekt, welches beinahe als überfällig betrachtet werden müsse. Wer den heutigen Kunstrasenplatz betrachte, komme fast nicht aus dem Staunen heraus, dass sich die Sportvereine mit den Verhältnissen ohne zu grosses Murren abgefunden hätten. Das uns nun zur Abstimmung vorgebrachte Projekt werde die Anlage im Sportzentrum Füllerich endlich wieder auf den Stand der heutigen Kunstrasentechnik bringen. Das Forum weise ausdrücklich darauf hin, dass der Ersatz des Kunstrasenbelags aus seiner Sicht nicht als vollständiger Ersatz des Trainingsplatzes am Turbenweg betrachtet werden dürfe. Die Belegung des Sportzentrums Füllerich inkl. Turbenweg sei bereits jetzt sehr gross. In naher Zukunft werde die Belastung der Spielfelder auf dem Sportzentrum Füllerich aufgrund des Wegfalls des Trainingsplatzes am Turbenweg noch intensiviert. Aus diesem Grund erwarte er, dass nach dem Wegfall für ein Ersatzfeld gesorgt werde. Das Forum befürworte den im Investitionsplan vorgesehenen Ersatz des Kunstrasens klar.

Ruth Raaflaub dankt im Namen der FDP/jf-Fraktion für die kompetente und umsichtige Abklärung bei der Auswahl des neuen Kunstrasens. Sie stelle fest, dass mit dem dringend nötigen Ersatz des alten Rasens wieder ein hochwertiger Platz für Fussball, aber auch für Landhockey, zur Verfügung stehen werde. Durch das Abgrenzen des Platzes auf allen vier Seiten mittels Gitterzaun werde zusätzlich gewährleistet, dass der Platz künftig besser geschützt werde. Das von Beat Wegmüller aufgeworfene Problem bezüglich einer beschränkten Benutzbarkeit habe sie nicht festgestellt, es heisse nirgends, der Platz sei abgeschlossen. Es gehe wirklich darum, den Platz gegen unbefugtes Betreten zu schützen.

Patricia Gubler nimmt als gemeinderätliche Sprecherin zur Frage betreffend die Reserve von CHF 7'000.00 Stellung. Dieser Betrag sei berechnet worden, sollte und werde auch ausreichen.

Es werden keine weiteren Voten vorgetragen.

Beschluss (einstimmig)

Für den Ersatz des Kunstrasens im Sportzentrum Füllerich (inkl. Umgebungsgestaltung und Pflegegeräte) wird ein Objektkredit von CHF 525'500.00 bewilligt.

8 Sanierung des Pflegeheims Muri-Gümligen; Abrechnung des Objektkredits

Der Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, Martin Häusermann, informiert, die GPK habe dieses Geschäft intensiv diskutiert, dies vor allem unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung der Geschäftsabläufe und der Zuständigkeitsordnung. Es sei also nicht darum gegangen, ob der Nutzen dieser Investition angemessen sei, sondern insbesondere darum, ob die ausgeübten Rollen ihre zugeteilte Verantwortung jederzeit wahrgenommen hätten. Die GPK komme zum Schluss, dass gravierende Versäumnisse vorliegen würden und empfehle deshalb dem Grossen Gemeinderat einstimmig - bei einer Ausstandspflicht - den Antrag des Gemeinderates abzulehnen, was bedeuten würde, die Abrechnung und den Nachkredit nicht zu genehmigen. Die GPK erkenne zwar die durch den Gemeinderat eingeleiteten Abklärungen mit den daraus abgeleiteten Empfehlungen, bemängle jedoch einige Punkte. Bevor er auf diese zu sprechen komme, wolle er noch eine Vorbemerkung zum Investitionsplan machen. Das Unheil habe bereits bei der Investitionsplanung begonnen. Ohne Projektierung und Betriebsprovisorium sei im Investitionsplan ein Kredit in der Höhe von CHF 6,5 Mio. eingestellt worden. Aus verständlichen Gründen sei dieser Betrag damals eine Kostenschätzung gewesen. Die politischen Kräfte hätten aber die zuständige Arbeitsgruppe und das Planerteam gezwungen, dieses Kostendach mit der ausgearbeiteten Projektplanung nicht zu überschreiten. Im Nachhinein gesehen sei der geplante Betrag im Investitionsplan zu ungenau gewesen. Falls diese Praxis beibehalten würde, wonach der Investitionsplan quasi ein verbindliches Kostendach ausweise, so müssten Vorhaben im Investitionsplan zukünftig genauer budgetiert werden. Oftmals bleibe die erstgenannte Zahl haften, ja sie würde von gewissen Leuten sogar in Stein gemeisselt.

Er komme nun auf die von der GPK bemängelten Punkte zu sprechen, wobei er dies nach den verschiedenen Phasen, welche das Projekt durchlaufen habe, aufgeteilt habe.

Phase der Kreditvorlage im Grossen Gemeinderat

Bereits bei der Beratung des Geschäfts seien Stimmen laut geworden, welche in diesem Sanierungsprojekt die zu tiefe Reserve kritisiert hätten. Die Reserven hätten übrigens nur 1.7% und nicht 3.7% betragen, wie in der heutigen Botschaft aufgeführt sei. Die 3.7% würden zusätzlich die Baunebenkosten, Bewilligungen, Anschlussge-

bühren, Plankopien, Gutachten und Versicherungen enthalten. Diese Kritik der zu tiefen Reserve sei damals relativiert worden, indem durch Fachleute erwidert worden sei, der vorliegende Kostenvoranschlag weise eine Genauigkeit von 5% auf. Für ein Bauprojekt sei es Pflicht, die im Rat geäusserten Bedenken aufzunehmen und die Verbindlichkeit der Aussagen zu erhöhen. Dies sei jedoch im vorliegenden Fall unterlassen worden.

Phase der Abwicklung des Bauprojektes

Als sich im Frühling 2004 Anzeichen für eine Kostenüberschreitung abzeichneten, seien verschiedene Handlungen unterlassen worden:

Ausser der externen Expertise seien keine griffigen Sofortmassnahmen getroffen worden, welche diese Kostenexplosion hätten verhindern können. Mögliche Ansätze hätten beispielsweise sein können:

- Benutzerwünsche strikte zu unterbinden oder mindestens zu priorisieren und die notwendigen Nachkredite vorgängig genehmigen zu lassen.
- Einführung einer strikten Kostenkontrolle mit einer monatlichen Endkostenprognose, welche konsequent bei der Bauleitung einzufordern wäre.
- Verstärkung der Baukompetenz in der Baukommission und sich überlegen, ob nicht ein Wechsel des Vorsitzes zu diesem Zeitpunkt angemessen gewesen wäre (neu durch den Chef des Ressorts Bau). Seit 2005 gelte denn auch die Praxis, dass Baugeschäfte konsequent durch das Ressort Bau und nicht mehr durch das bedürfnistragende Ressort geleitet werden, womit Baufachleute einen grösseren Einfluss auf das Projekt ausüben könnten.

Einbindung des zuständigen Organs

Der Gemeinderat habe es unterlassen, das finanzkompetente Organ, den Grossen Gemeinderat, einzubeziehen. Auch wenn kein Baustopp verfügt worden sei, hätte dem Grossen Gemeinderat raschmöglichst ein begründeter Nachkredit zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, bevor das Geld ausgegeben worden sei. Dies hätte in der zur Verfügung stehenden Zeit von mehreren Monaten durchgeführt werden können, schlimmstenfalls nach dem Motto „ausserordentliche Situationen erfordern ausserordentliche Massnahmen“. Auch der Einbezug der GPK wäre eine Möglichkeit gewesen. Diese Unterlassungssünde sei umso gravierender, weil bei der Beratung von diesem Sanierungsprojekt zugesichert worden sei, dass das finanzkompetente Organ bei einer Überschreitung der Kosten einbezogen werde.

Information des GGR

Im August 2004 sei das Parlament erstmals über diese Kostenüberschreitung orientiert worden. Diese Information habe eine tiefe Aussagekraft gehabt. Erst im März 2005 - also praktisch ein Jahr nach den ersten Anzeichen - sei der Grosse Gemeinderat korrekt informiert worden. Leider sei zu diesem Zeitpunkt das Projekt bereits abgeschlossen und das Heim bezogen gewesen. Der Grosse Gemeinderat als zuständiges Organ sei jeweils unverzüglich, umfassend und schonungslos zu informieren!

Die GPK sei sich wohl bewusst, dass die Kosten verursacht worden seien und auch ein Nein die Kostenüberschreitung nicht mehr rückgängig machen könne. Auch sei nicht abschliessend klar, was genau die Konsequenzen eines Neins wären. Die ablehnende Empfehlung und damit die Weigerung, Décharge zu erteilen, solle jedoch ein deutliches Zeichen an den Gemeinderat sein, bei zukünftigen Bauprojekten wirkungsvolle Massnahmen zu treffen und das finanzkompetente Organ bei Notwendigkeit einzubeziehen.

Der gemeinderätliche Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, weist auf die beiden Seiten hin, welche das Geschäft habe. Die eine sei die baulich-betriebliche Seite, das Resultat der Sanierung des Pflegeheims, was gleichzeitig auch die positive Seite sei. Man könne heute sagen, das Pflegeheim verfüge über eine sehr hohe Funktionalität. Die Bewohnerinnen und Bewohner würden sich ausserordentlich wohl fühlen. Auch für das Personal seien ausgezeichnete Arbeitsbedingungen geschaffen worden. Auf der anderen Seite habe man ganz klar den negativen Punkt mit der finanziellen Überschreitung des ursprünglichen Objektkredits. Der Gemeinderat habe sich bemüht, die Geschehnisse in der Botschaft sehr transparent darzustellen und nichts zu beschönigen. In den verschiedensten Bereichen seien Fehler passiert.

Als der Gemeinderat festgestellt habe, dass in diesem Geschäft mit einer namhaften Kreditüberschreitung gerechnet werden müsse, habe er aus heutiger Sicht mit dem Beizug von externem Knowhow (Dick Versteeg) das Richtige gemacht. In dieser sehr kurzen Zeit, welche dem Gemeinderat zur Verfügung gestanden sei, habe er insbesondere auch die Frage diskutiert, ob das Bauprojekt gestoppt und gleichzeitig genaue Kostenvoranschläge für Kreditüberschreitungen erarbeitet, dem Grossen Gemeinderat unterbreitet und anschliessend weitergebaut werden sollte. Es sei für den Gemeinderat unbestritten gewesen, dass Nachkredite grundsätzlich bewilligt werden müssten, bevor Verpflichtungen eingegangen werden könnten. Wieso habe der Gemeinderat bezüglich der Variante Baustopp Abstand genommen? Gestützt auf eingehende Gespräche mit Herrn Versteeg habe der Gemeinderat darauf verzichtet, weil einerseits die ausgeführten Arbeiten qualitativ gut gewesen seien und andererseits die durch den Baustopp verursachten Kosten die Gemeinde am Schluss teurer zu stehen gekommen wären. Während der Sanierung seien ja bekanntlich die Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegeheims in die Stiftung Siloah gezügelt, was eine sehr gute, jedoch auch kostspielige Lösung gewesen sei. Die Gemeinde habe für die Unterbringung, Betreuung und Pflege monatlich rund CHF 70'000.00 bezahlt. Dadurch hätte jeder Monat, welcher das Projekt infolge Baustopps verzögert hätte, zu einer weiteren Kostensteigerung geführt. Vor diesem Hintergrund sei der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass es sachlich nicht sinnvoll und finanziell nachteilig wäre, das Geschäft zu diesem Zeitpunkt zu stoppen.

Der Gemeinderat habe Herrn Versteeg nicht nur beauftragt, abzuklären, was schief gelaufen sei, sondern insbesondere auch, für die Abwicklung zukünftiger Projekte Empfehlungen zu geben. Wie der Botschaft zu entnehmen sei, habe der Gemeinderat diese Empfehlungen vollumfänglich übernommen. Man werde bei künftigen Projekten alles daran setzen, den finanziellen Rahmen im Idealfall einzuhalten oder wenn dies nicht möglich sein sollte, rechtzeitig dem zuständigen Organ - in den meisten Fällen dem Grossen Gemeinderat - entsprechende Anträge stellen zu können.

Zusammenfassend könne er sagen, dass das Geschäft von der Sache her ein erfreuliches Geschäft, von den finanziellen Ergebnissen und den passiertten Fehlern her ein sehr ärgerliches Geschäft sei. Der Gemeinderat habe Verständnis, dass das Parlament an einem solchen Ergebnis alles andere als Freude bekunde. Er sei absolut willens, die entsprechenden Lehren zu ziehen und künftig auch entsprechend zu handeln.

Auf die Frage der Vorsitzenden, ob Eintreten bestritten werde, führt Florian Aebi namens der SP-Fraktion aus, er sei der Meinung, dass bei diesem Geschäft nicht alles so zu und her gegangen sei, wie es hätte sein sollen. Er sei sicher, dass dieses Geschäft nicht nur bei der SP-Fraktion ein mulmiges Gefühl ausgelöst und hinterlassen habe. Das zeige auch der Entscheid der GPK, das Geschäft zur Ablehnung zu empfehlen. Die SP-Fraktion beantrage daher, auf das Geschäft nicht einzutreten und gleichzeitig eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einzusetzen. Er möchte nämlich, wie wahrscheinlich auch die anderen Parteien, wissen, was bei diesem Geschäft wirklich alles schief gelaufen sei. Bei CHF 1,5 Mio. Nachkrediten - immerhin 2,25% des Aufwandes der Rechnung 2006 oder anders gesagt ein halber

Steuerzehntel - sei dieses Vorgehen und Einsetzen einer PUK sicherlich mehr als nur angebracht. Bei einem allfälligen Eintreten würde die SP-Fraktion die beiden Beschlüsse ablehnen.

Urs Grütter führt anlässlich der Eintretensdebatte namens der SVP-Fraktion aus, es stellten sich auch die Fragen - welche das Parlament nicht in aller wünschbaren Schärfe beantwortet bekommen habe - wer den Kostenvoranschlag erstellt habe, ob dieser zur Rechenschaft gezogen werde und wenn nein, warum nicht. Zu den einzelnen Überschreitungen - vor allem zu den massiven - wolle das Parlament wahrscheinlich schon die eine oder andere präzisere Erklärung. Aus diesem Blickwinkel habe er persönlich viel Verständnis für den Nichteintretensantrag.

Es erfolgt ein zehnminütiges Time-out.

Die Vorsitzende gibt anlässlich der Eintretensdebatte den Fraktionen die Möglichkeit, ihre Voten vorzutragen.

Adrian Kauth macht im Namen der FDP-Fraktion dem Parlament schmackhaft, auf das Geschäft einzutreten. Mit einer PUK würden zusätzliche Kosten verursacht und frankenmässig sei ohnehin nichts mehr zu holen. Er schlage vor, auf das Geschäft einzutreten und entsprechend darüber zu debattieren.

Urs Grütter (SVP) weist darauf hin, es handle sich nun um ein persönliches Votum. Vorhin habe man von der GPK das Geschäft in ungewohnter und sehr begrüßenswerter Tiefe vorgestellt bekommen und gehört, der Kostenvoranschlag hätte gemäss damaligen Ausführungen auf 5% genau sein sollen. Wenn diese Aussage der Planer gemacht habe, könne er Adrian Kauth nicht zustimmen, dass eh nichts mehr zu holen sei. Er verweise auf einen Bundesgerichtsentscheid vom 15. März 2005, Aktenzeichen 4C.424. In diesem Fall seien eine Kostenschätzung von CHF 1,7 Mio. und später unter nicht ganz nachvollziehbaren Bedingungen ein Kostenvorschlag über 1,86 Mio. erstellt worden. Abgerechnet worden sei mit CHF 2,02 Mio. Der Bauherr habe den Architekten auf die Differenz von CHF 325'000.00 eingeklagt. Das Kantonsgericht von Graubünden habe CHF 302'000.00 zugesprochen, was später auch vom Bundesgericht geschützt worden sei. Er könne also nicht zustimmen, dass ohnehin nichts mehr zu holen sei. Diverse Fragen - wer den Kostenvoranschlag erstellt habe, ob diese Person zur Rechenschaft gezogen worden sei und wenn nein, wieso nicht - ständen nach wie vor relativ dringend im Raum. Um diese zu beantworten, müssten aus seiner Sicht nicht unbedingt eine PUK - welche wahrscheinlich grösstenteils durch den Gemeinderat geführt würde - ins Leben gerufen und die Geschäftsordnung entsprechend angepasst werden. Man habe auch noch eine GPK. Dieses Geschäft könne nicht einfach durch ein Nichtgenehmigen abgeschlossen werden, es bedürfe noch einer gewissen Aufbereitung.

Beschluss (18 Ja- und 16 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen)

Auf das Geschäft wird eingetreten.

Bettina Staub führt namens der Forum-Fraktion aus, eine 20%-Kostenüberschreitung sei zu massiv, um eine Abrechnung einfach kommentarlos entgegenzunehmen. Dies spreche in keiner Art und Weise gegen das Alters- und Pflegeheim und schon gar nicht gegen den Umbau. Der Betrieb werde kompetent geführt und entspreche den heutigen Anforderungen an Pflege und Betreuung von betagten Menschen. Aber bereits beim Voranschlag, welcher im Jahre 2002 im Parlament gewesen sei, habe es Stimmen gegeben - unter anderem auch vom Forum - welche darauf hingewiesen hätten, dass eine Reserve von etwas mehr als CHF 100'000.00 ganz bestimmt niemals ausreichen würde. Trotzdem sei der Kredit mit diesem Kostendach vom Parla-

ment und anschliessend auch vom Volk abgeseget worden. Die ursprüngliche Kostenschätzung von ca. CHF 9 Mio. sei womöglich ein wenig hoch gegriffen gewesen, man habe noch die einen oder anderen Abstriche machen können. Wenn nämlich seinerzeit auf die CHF 6,5 Mio. eine 10%-Reserve dazugerechnet worden wäre, wäre der Betrag wesentlich tiefer, nämlich nur rund CHF 100'000.00. Diese Rechnerei jedoch gebe das Geld nicht zurück, ausgegeben sei es und zurückgefordert werden könne, wenn überhaupt, womöglich nur ein kleiner Teil. Inskünftig müsse verbindlich und klar darauf geachtet werden, wer solche Bauvorhaben ausführe, wer die Verantwortung für diese massive Kostenüberschreitung trage und, dass die Fachleute, welche eben dann auch für solche Vorkommnisse die Verantwortung übernehmen müssten, sorgfältiger ausgewählt werden.

Urs Grütter beantragt im Namen der SVP-Fraktion, die Abrechnung im Sinne der GPK nicht zu genehmigen. Zwei Elemente seien skandalös. Erstens sei das Heim vor eineinhalb Jahren bezogen worden und die Abrechnung liege erst jetzt vor. Ebenfalls skandalös seien die massiven Überschreitungen bei den namhaften Posten, wie beispielsweise bei den Starkstrominstallationen oder Baumeisterarbeiten, wo gegenüber dem Kostenvoranschlag eine fünffache resp. doppelte Überschreitung resultiere. So könne nicht "geschäftet" werden! Er brauche das in der Eintretensdebatte Gesagte nicht zu wiederholen, es handle sich um Fragen, welche nach wie vor im Raum stünden und wahrscheinlich nicht beantwortet würden. Man könnte das Geschäft nun so praktisch in einem "Aufwisch" erledigen.

Er erinnere an einen öffentlichen Auftritt unseres Gemeindepräsidenten vor nicht allzu langer Zeit, wo er die rhetorische Frage gestellt habe: "Tragen Sie Verantwortung oder bloss die Konsequenzen?" Hier könne die Frage sehr wohl auch gestellt werden, wer trage die Verantwortung? Offensichtlich niemand, sonst wäre es nicht so herausgekommen. Und wer trage die Konsequenzen? Auch niemand, respektive der Steuerzahler!! Das sei der springende Punkt. Man jammere, das Volk habe kein Vertrauen in seine Vertreter und in die Regierung. Aber wie solle denn ein Steuerzahler noch Vertrauen haben, wenn ihm ein Kredit von CHF 6,5 Mio. und dann eine solche Abrechnung vorgelegt würden? Auch wenn das Parlament nach Gemeindeordnung für die Überschreitung zuständig sei, liege hier eigentlich ein volkskompetentes Geschäft vor, welches nur dank diesem Vorgehen aus der Volkskompetenz herausgenommen werde. Es dürfe nicht sein, dass solch massive Fehleinschätzungen vorgenommen oder nach deren Erkennen nicht abgeklemmt würden. Man könne ihm ja nicht weismachen, nicht von Beginn weg von dieser Unmöglichkeit gewusst zu haben. Wenn man es von allem Anfang an nicht hätte wissen können, wie es herauskommen werde, hätte man es beim Vollzug so handhaben müssen, wie es budgetiert gewesen sei. Bei den elektrischen Installationen hätte dann eben nicht das Fünffache "verbraut" werden dürfen. Das habe man ja kommen sehen müssen. Seitens der ansässigen Gewerbetreibenden werde noch ein weiterer Vorwurf - nicht zu Unrecht - erhoben, wonach bei der Offertstellung nur tief genug angesetzt werden müsse. Habe er den Auftrag einmal erhalten, könne er ja dann abrechnen, wie er wolle. Und so dürfe es einfach nicht zu und her gehen, die SVP-Fraktion könne diese Abrechnung nicht genehmigen.

Adrian Kauth führt namens der FDP/jf-Fraktion aus, bereits in der März-Sitzung 2007 sei dem Parlament eine ähnliche Abrechnung präsentiert worden. Er sei über das vorliegende Geschäft ziemlich erstaunt. Obwohl im Oktober 2002 von einem gut ausgearbeiteten Dossier gesprochen worden sei, habe der Gemeinderat im August 2004 das Parlament über eine grössere Kreditüberschreitung orientiert. Erst im März 2005 sei vom Gemeindepräsidenten detailliert über das geahnte Ausmass der Kostenüberschreitungen berichtet worden. Eine Überbeanspruchung des Kredites um beinahe einen Viertel sei prognostiziert worden. Es zeige sich, dass auch ein guter Name noch lange nicht garantiere, dass das Vorhaben gelinge. Unsachgemässe Abklärungen in der Anfangsphase, mangelhafte Baubegleitung, unprofessionelle Kostenbe-

wirtschaftung und weitere Fehler hätten zu diesem unerfreulichen Ergebnis geführt. Nicht aus der Pflicht zu nehmen sei die Baukommission, welche als Vertreterin des Auftraggebers das Controlling sach- und fachgerecht durchzuführen hätte. Sie habe Zusatzwünsche der Benutzer zugelassen, ohne die Kostenfolgen zu erkennen. Die Leistungen der Baukommission und des Architekten müssten somit als ungenügend eingestuft werden, auch wenn das sanierte Bauwerk einen guten Eindruck hinterlasse. Aus seiner Sicht wäre es problemlos möglich gewesen, das Parlament frühzeitig über die Entwicklungen zu informieren und allenfalls bereits während der Bau-phase einen ersten Nachkredit zu beantragen. Selbstverständlich befürworte er die Bemühungen des Gemeinderates, keinen Baustopp gemacht zu haben, weil tatsächlich nur zusätzliche Kosten verursacht worden wären. Auch das Resultat der Renovation stehe nicht zur Diskussion. Das Alters- und Pflegeheim entspreche den heutigen Anforderungen und sei zweckmässig eingerichtet. Trotzdem sei die Vorgehensweise für sie nicht akzeptabel. Ein durch das Volk genehmigter Kredit derart zu überschreiten, sei ohne laufende, aktive Informationspolitik nicht zu vereinbaren. Aus diesen Gründen könne er dieses Geschäft nur zur Kenntnis nehmen und dem vorliegenden Abschluss nicht zustimmen. Er hoffe, damit ein Zeichen gesetzt zu haben, so dass bei zukünftigen Bauprojekten mehr Verantwortung übernommen und Kontrollen gemacht würden.

Er habe jegliches Verständnis für die Gefühle und Emotionen, welche hier geäussert worden seien, führt Hans-Rudolf Saxer namens des Gemeinderates aus. Er möchte nochmals festhalten, dass der Gemeinderat die über eine lange Zeitdauer und von verschiedensten Akteuren gemachten Fehler sehr bedauere. Im Sinne des Votums der Forum-Fraktion sei für den Gemeinderat klar, dass in Zukunft entsprechende Ergebnisse und Ereignisse mit voller Kraft verhindert werden müssten. Daher werde sich der Gemeinderat bemühen, bei weiteren Kreditüberschreitungen - was er nicht hoffe - früher und ausführlicher zu informieren.

Es werden keine weiteren Voten vorgetragen.

Beschluss (einstimmig)

1. Die Abrechnung über den Objektkredit für die Sanierung des Pflegeheims Muri-Gümligen an der Nussbaumallee 9 in Gümligen wird nicht genehmigt. Sie schliesst bei einem Gesamtkredit von CHF 7'463'000.00 mit Kosten von CHF 8'951'485.15 ab (Kreditüberschreitung von CHF 1'488'485.15).
2. Der Nachkredit über CHF 1'488'485.15 wird nicht genehmigt.

9 Motion SP-Fraktion betr. Änderung der Amtsdauer auf 5 Jahre

Der Bericht liegt schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt die Überweisung als Postulat und anschliessende Abschreibung.

Hans-Rudolf Saxer wünscht als gemeinderätlicher Sprecher das Wort nicht.

Beat Wegmüller hält namens der SP-Fraktion fest, der Gemeinderat habe sich bei der Beantwortung dieser Motion viel Mühe gegeben, jedoch leider in eine falsche Richtung. Mit einer Verlängerung der Amtsdauer auf 5 Jahre könnte Muri bei Bern eine selbstbewusste Gemeinde sein und mit dieser vorläufigen Einmaligkeit sogar Unabhängigkeit beweisen. Wie der Gemeinderat in seinen Ausführungen schreibe, sei laut Gemeindegesetz eine Amtszeit von 6 Jahren möglich. Die Motion und die neue Amtszeit wären also sogar gesetzeskonform. Die Kumulation der Gemeindewahlen mit kantonalen oder eidgenössischen Wahlen würde auch Vorteile bringen. So könnten die Synergien allseitig genutzt und die Parteimittel effizienter eingesetzt werden.

Allenfalls wäre sogar die Stimmbeteiligung viel höher als bisher. Die Reduktion des Parlaments von heute 40 auf 32 Sitze erachte er als keine Alternative. Es brauche auch keine Vernehmlassung. Eine Reduktion auf 32 Sitze wäre eine personelle Schwächung des Parlamentes. Schlanker heisse nicht gleich besser und effizienter. Es sei wichtig, dass das Parlament gegenüber der Verwaltung und dem Gemeinderat - dies habe das vorherige Geschäft gezeigt - stark sei und alle wesentlichen Kräfte gut vertreten seien. Eine Parlamentsverkleinerung liege nicht im Interesse der kleinen Parteien. Auch wenn sie gemäss Zusammenstellung auf Seite 5 noch mit einem Sitz vertreten wären, wäre ihre Existenz in Zukunft gefährdet. Der Gemeinderat hätte auch eine Verlängerung auf drei Amtsdauern prüfen können. Die SP-Fraktion habe eine Umfrage bei 13 Gemeinden mit Parlament geführt, welche Folgendes ergeben habe: Zwei Gemeinden hätten eine Amtszeitbeschränkung von zwei Perioden, acht Gemeinden würden Amtsdauern von drei Perioden kennen und vier Gemeinden hätten überhaupt keine Amtszeitbeschränkungen. In Zukunft wäre auch für die Kommissionen, den Gemeinderat und das Parlament eine differenzierte Lösung möglich. Er habe es schon erwähnt: Der Gemeinderat sei nicht auf die Motion eingegangen, sondern habe eine andere Lösung vorgeschlagen. Die SP-Fraktion sei nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, sondern wolle einen abgeänderten Antrag stellen: "Der Gemeinderat wird beauftragt, die Änderung der Gemeindeordnung in die Wege zu leiten, damit die Amtszeitbeschränkung auf drei Amtsdauern festgelegt wird". Das wäre sein neuer Antrag, welchen er auch noch schriftlich der Präsidentin überreichen werde.

Urs Grütter (SVP) erklärt, er persönlich unterstütze die Motion in dieser neuen Form vehementestens, das sei genau der richtige Weg. Insbesondere sei eine Verkleinerung des Parlaments genau der falsche Weg. Schlank und effizient sei dann richtig, wenn das Ziel vorgegeben sei und eine Exekutivbehörde dieses Ziel zu verfolgen habe. Hier sei ein Parlament, welches Ziele vorgebe. Und Zielvorgaben müssten möglichst breit abgestützt sein. Je breiter, desto besser würden sie akzeptiert. Wenn wir hier mit einem 10er-Parlament schnell und effizient Fehlentscheidungen fällen würden, würden diese sehr langwierig und uneffizient mit einer Volksinitiative bekämpft werden. Das müsse nicht sein. Es gebe noch einen weiteren Gesichtspunkt. Es werde immer wieder gejammert, das Volk beteilige sich zu wenig und bekunde ein zu geringes Interesse. Hier seien nun wenigstens einmal 40 Gemeindebürger, welche sich mehrere Abende pro Woche mit dieser Gemeinde beschäftigen würden. Und nun sollten noch acht von ihnen rausgeworfen werden? Das wäre völlig falsch! Man würde womöglich besser das Parlament auf 60 Mitglieder aufstocken. Wenn man bedenke, wie wenig Sitzungsgeld bezogen werde, wäre dies ein völlig lächerlicher Betrag im Vergleich zu jenen Ausgaben, die manchmal der Gemeinderat tätige. Man hätte nicht nur 40, sondern 60 Leute, welche sich mit der Gemeindepolitik beschäftigen würden. Eine Verkleinerung des Parlaments wäre absolut ein falsches Signal, welches neben der ganzen Sache vorbeiziele. Da stimme er ausnahmsweise einmal vollständig mit Beat Wegmüller überein. Es gehe nur darum, die Kraft des Parlamentes gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung zu schwächen. Die Parlamentarier seien keine Vollprofis. Die vielen Aufgaben könnten in einer Fraktion mit acht Mitgliedern besser aufgeteilt werden, als wenn diese nur aus sechs Mitgliedern bestehen würde. Das gehe allen genau gleich, unabhängig ihrer Grösse. So gesehen sei die neue Lösung die beste. Man könnte sich sogar überlegen, ob man das Parlament aus diesen Überlegungen nicht noch etwas vergrössern wolle, damit sich mehr Leute am Entscheidungsprozess beteiligen würden. Er empfehle daher wärmstens, die Motion in der neu vorliegenden Form anzunehmen.

Nando Stauffer führt im Namen der Jungfreisinnigen aus, wie von Urs Grütter bereits kundgetan, gehe es darum, möglichst viele Menschen am politischen Geschehen in unserer Gemeinde zu beteiligen. Und jetzt wolle man die Amtszeitbeschränkung aufheben, damit dieselben Leute noch länger hier sitzen könnten und damit jungen Inte-

ressierten keine Chance lassen würden. Die Jungfreisinnigen seien ganz klar gegen eine Aufhebung der Amtszeitbeschränkung.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, der Gemeinderat habe anlässlich der Beratung dieses Geschäftes festgestellt, dass es sich hierbei zur Lösung des Problems einfach nicht um einen guten Ansatz handle. Die Begründung sei in der Botschaft dargelegt. Der Gemeinderat habe sich Mühe gegeben, mögliche Alternativen zu erarbeiten, wobei er auf diese Variante gekommen sei, das Parlament - ähnlich wie die Kommissionen und den Gemeinderat - zu verkleinern, was rechtlich möglich wäre. Für den Gemeinderat sei völlig klar, dass schlussendlich das Parlament selber darüber befinden müsse, ob es eine solche Verkleinerung wolle oder nicht. Es gehe in keiner Art und Weise um eine Schwächung des Parlaments, daran habe niemand ein Interesse, insbesondere nicht der Gemeinderat, welcher damit eine Variante zur Diskussion habe stellen wollen. Er werde jeweils von allen Parteien darauf aufmerksam gemacht, wie ausserordentlich schwierig es sei, genügend kompetente und engagierte Leute für die Wahlen zu gewinnen. Eine der Varianten, um diese Rekrutierungsprobleme ansatzweise zu mildern, wäre eine Verkleinerung dieses Parlaments, da weniger Kandidierende gesucht werden müssten. Eine andere Variante wäre die Möglichkeit, die Amtsdauerbeschränkung von zwei auf drei Amtsdauern zu verlängern. Der Grund, weshalb der Gemeinderat diese Variante dem Parlament im Rahmen der Botschaft nicht dargelegt habe, sei relativ einfach. Der Grosse Gemeinderat habe vor drei Jahren ein entsprechendes Begehren einstimmig abgelehnt. Man könnte jedoch eine neue Lagebeurteilung machen. Im Namen des Gemeinderates beantrage er, den abgeänderten Wortlaut der Motion als Postulat zur Prüfung zu überweisen. Der Gemeinderat würde - wie er dies in seiner Botschaft in Aussicht gestellt habe - bei den politischen Parteien eine Vernehmlassung durchführen, wo beide Optionen - Verlängerung der Amtszeit und Verkleinerung des Parlaments - zur Diskussion gestellt würden. Nach den Sommerferien und nach Auswertung der Eingaben würde der Gemeinderat dem Parlament einen entsprechenden Antrag zur Anpassung der Gemeindeordnung unterbreiten.

Urs Grütter (SVP) erkundigt sich, wieso es hier noch einer weiteren Vernehmlassung bedürfe und für wen das Parlament eigentlich gehalten werde. Es seien 40 Mitglieder aus allen Gemeindeparteien anwesend, welche sich hier äussern könnten. Das Geschäft sei traktandiert gewesen, es brauche doch keine Vernehmlassung mehr. Sonst heisse es, wir seien "Hurlibuebe", welche nichts zu sagen hätten! Im Hinblick auf die Tatsache, dass bereits einmal über diese Frage diskutiert worden sei, fehle die Zeit, um über Postulate und weitere Möglichkeiten zu debattieren. Entweder werde die Motion überwiesen oder sie sei wieder für einige Jahre vom Tisch. Wir müssten ja den Gemeinderat nicht zusätzlich beschäftigen, um vor lauter solchen Arbeiten keine Zeit mehr zu finden, die Baukommission sauber zu beaufsichtigen.

Nando Stauffer (jf) führt aus, das erste Votum von Urs Grütter, worin er kundgetan habe, die Sitzzahl im Parlament könnte eventuell sogar erhöht werden, habe ihm wesentlich besser gefallen. Ob so was gut wäre, sei eine andere Frage. Es sei jedoch ein Zeichen, dass eine Vernehmlassung eventuell trotzdem sinnvoll wäre. Falls dies nicht gemacht und die Motion überwiesen würde, weise er darauf hin, dass sowohl eine Verkleinerung des Parlaments, wie auch eine Verlängerung der Amtszeitbeschränkung zulasten der Jungen, welche aufgrund von Sesselklebern oder zuwenig Sitzen nicht nachrutschen könnten, gehen würden. Er beantrage, die Motion abzulehnen.

Pia Aeschimann orientiert im Namen der Forum-Fraktion, auch sie sei mit einer Reduktion des Parlaments nicht einverstanden. Eine Erhöhung der Amtszeitbeschränkung befürworte sie, wobei für das Forum ebenfalls keine Vernehmlassung nötig sei.

Die Vorsitzende liest den neuen Wortlaut der abgeänderten Motion vor: "Der Gemeinderat wird beauftragt, die Änderung der Gemeindeordnung in die Wege zu leiten, damit die Amtszeitbeschränkung auf drei Amtsdauern festgelegt wird."

Beschluss (mehrheitlich)

Die abgeänderte Motion der SP-Fraktion betr. Änderung der Amtszeitbeschränkung wird überwiesen.

10 Parlamentarische Interpellation betr. "Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit"

Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor.

Pia Aeschimann (Forum) dankt dem Gemeinderat für die umfassende Antwort. Man werde sich wieder treffen, wenn es darum gehe, weitere Schritte zu diskutieren/einzuleiten.

11 Interpellation Raaflaub (FDP): Vorsicht Bildschirm!

Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor.

Ruth Raaflaub (FDP) dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Sie habe zur Kenntnis genommen, dass das Problem erkannt worden sei. Wie ihr mündlich versichert worden sei, werde der Gemeinderat der Schulkommission einen Brief betreffend den Problembereich Videospiele sowie den Fernsehkonsum und dessen Auswirkungen auf die Schulleistungen und das Sozialverhalten der Kinder schreiben. Sie erwarte nun, dass die Schulkommission die Schulen dazu auffordern werde, in dieser Sache aktiv zu werden.

Aus der Antwort auf ihre dritte Frage betr. dem zur Verfügungstellen geeigneter Informationsunterlagen lese sie, dass bei der Jugendfachstelle offenbar solche Broschüren zur Problematik vorhanden seien, allerdings habe sie nicht persönlich nachfragen können, weil dort niemand anwesend gewesen sei. Das genüge jedoch nicht. Es sei eher unwahrscheinlich, dass ein spielsüchtiges Kind oder dessen Eltern zur Jugendfachstelle gehen würden, um sich Broschüren geben zu lassen. Die Eltern würden das Problem in vielen Fällen gar nicht erkennen, weil sie meinten, die Kinder würden am PC Hausaufgaben erledigen, in Wirklichkeit jedoch häufig am Spielen seien. Deshalb müsse von den Schulen dafür gesorgt werden, dass die Informationen - beispielsweise an Elternabenden - zu den Eltern gelangen würden. Um der rasanten Entwicklung der Spielindustrie mit immer mehr Gewalt und komplexeren Spielen überhaupt noch irgendwie entgegenwirken zu können, müssten die Erziehungsberechtigten dringend informiert und sensibilisiert werden. Auch wenn die Suche nach Lösungen dieses Problems mit einem immensen Suchtpotenzial nicht offiziell in den Kompetenzbereich des Gemeinderates gehöre, hätten wir doch alle aus sozialpolitischen Überlegungen Verantwortung zu übernehmen.

12 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Stauffer (jf) betreffend Aufhebung der Kommission für Weiterbildung, Kultur und Gemeindebibliothek

Der Gemeinderat wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Aufhebung der Kommission für Weiterbildung, Kultur und Gemeindebibliothek vorzunehmen. Der Gemeinderat stellt hierbei sicher, dass die Beiträge an die Volkshochschule, die Mettlen-Konzerte und die Fasnachtsgesellschaft im Rahmen des Bisherigen zur Verfügung stehen. Über das Budget der Gemeindebibliothek befindet der Grosse Gemeinderat.

Begründung

Vorweg ist festzuhalten, dass die Förderung von Kultur und Weiterbildung und damit auch der Gemeindebibliothek eine anerkannte Aufgabe des Gemeinwesens ist. Die Motion bezweckt denn auch nicht materiell, an dieser Förderung etwas zu ändern; es wird lediglich vorgeschlagen, das Verfahren zu modifizieren.

Der Motionär war während vier Jahren Mitglied der Kommission für Weiterbildung, Kultur und Gemeindebibliothek und ist zur Überzeugung gelangt, dass deren Aufgaben ohne ständige Kommission effizienter gelöst werden können. Um dies zu veranschaulichen, wird kurz auf die Aufgaben der Kommission gemäss Anhang zur Gemeindeordnung eingegangen.

- Bereich Weiterbildung: Das Weiterbildungsangebot wird von der Volkshochschule abgedeckt, für welche die Gemeinde einen Beitrag gemessen an der Einwohnerzahl bezahlt. Dieser Beitrag ist von der Gemeinde freilich weiterhin zu bezahlen. Die Kommission wurde im Bereich Weiterbildung ansonsten kaum beansprucht.
- Beurteilung der Subventionsgesuche: Eine grosse Anzahl der Subventionsgesuche sind jährlich wiederkehrender Art, wie z.B. jene der Fasnachtsgesellschaft oder der Mettlen-Konzerte. Diese Gesuche können, soweit ihnen bisher entsprochen wurde und sich der finanzielle Rahmen nicht ändert, auch weiterhin gutgeheissen werden. Ähnlich viele Gesuche betrafen kulturelle Veranstaltungen ausserhalb der Gemeinde. Solche Gesuche können mit einem Standardbrief unter Hinweis auf den fehlenden Gemeindebezug und die namhaften RKK- und FILAG-Beiträge der Gemeinde abgewiesen werden. Gesuche, die zu keiner dieser Kategorien gehören, können von der zuständigen Gemeinderätin beurteilt werden. Eine solche Beurteilung dürfte weniger Zeit in Anspruch nehmen als die Teilnahme an den Kommissionssitzungen.
- Subsidiäre Förderung des kulturellen Lebens und Schaffens in der Gemeinde: Dieser Punkt wird bereits durch die Subvention von Anlässen weitestgehend abgedeckt. Für eine weitergehende, aktive Förderung würde sich allenfalls eine Zusammenarbeit mit dem Kulturverein anbieten.
- Durchführung der vom Gemeinderat beschlossenen Anlässe in den Bereichen Kultur und Weiterbildung: Die Durchführung solcher Anlässe, wie zum Beispiel des Stadttheaterbesuchs, hat zu einem grossen Teil die Gemeindeverwaltung organisiert. Entsprechende Ressourcen sind daher bereits vorhanden.
- Gemeindebibliothek: Diese wird durch die Bibliotheksleitung und die Kornhausbibliotheken geführt. Die Verantwortung der Kommission liegt de facto rein im finanziellen Bereich. Kleinere Investitionen, wie zum Beispiel der Medieneinwurf (Briefkasten zur Rückgabe der ausgeliehenen Medien) kann die zuständige Gemeinderätin begutachten. Das Jahresbudget soll der GGR verabschieden, da die politische Kontrolle, insbesondere des nicht zu geringen administrativen Aufwands der Kornhausbibliotheken, notwendig erscheint.

Freilich ist diese Darstellung nicht abschliessend, der Motionär ist jedoch der Überzeugung, dass die Aufgaben der Kommission ohne eine Mehrbelastung von Verwaltung und Gemeinderat ohne eine ständige Kommission erfüllt werden können. Überdies beklagen die politischen Parteien Probleme damit, Persönlichkeiten für politische Ämter motivieren zu können. Eine Erhöhung der Amtsdauer und eine Reduktion der Anzahl Parlamentssitze sind deshalb bereits im Gespräch. Auch die Anzahl der Schulkommmissionsmitglieder scheint nicht ideal zu sein. Eine Revision der Gemeindeordnung liegt daher in der Luft.

Gümligen, 29. Mai 2007

N. Stauffer (jf)

U. Siegenthaler, E. Mallepell, P. Kästli, R. Raaflaub, I. Gossweiler, M. Bärtschi, M. Müller, H. Treier, A. Kauth, K. Heer, R. Meyer, J. Beck, S. Brüngger, R. Friedli, B. Lehmann, U. Grütter (17)

Motion Pedinelli (SP) betreffend Konzept für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Muri-Gümligen ein Konzept für die Vereinbarung von Familie und Beruf zu erarbeiten.

Begründung

Eine Personalpolitik, welche gesellschaftliche Veränderungen wahrnimmt und in konkrete Massnahmen umsetzt, erhöht die Attraktivität einer Arbeitgeberin oder eines Arbeitgebers. Die Gemeinde Muri-Gümligen sollte an einer "work-life-balance", an einem Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, interessiert sein.

Ein wichtiger Teil dieses Gleichgewichts besteht in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Familienfreundliche Arbeitsformen führen letztlich zu besseren Leistungen. Basis hierzu bilden vor allem Arbeitszeitmodelle, die es ermöglichen, dass beide Partner aktiv am Familien- und Berufsleben partizipieren können.

Familienfreundliche Arbeitsbedingungen sind gerade für Kaderfrauen attraktiv. Verschiedene Studien weisen nach, dass Firmen mit hohem Frauenanteil auf dem Markt deutlich erfolgreicher sind. Gemischte Teams vereinen mehr Kompetenzen, erlangen dadurch ein besseres Verständnis für den Markt und fällen bessere Entscheide.

Auch die Gemeinde Muri-Gümligen sollte daher an guten Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf interessiert sein.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten aus einer Vielfalt an flexiblen Arbeitszeitmodellen die für sie passende Variante auswählen können, Mitarbeitende mit Kindern sollten unterstützt und beraten werden, namentlich bei der familienexternen Kinderbetreuung. Teilzeitarbeit und Jobsharing sollten gefördert, Telearbeit ermöglicht werden.

Muri, 13. Mai 2007

D. Pedinelli Stotz (SP)

F. Aebi, B. Marti, P. Aeschmann, B. Wegmüller, L. Streit, J. Ziberi, F. Ruta, U. Wenger, J. Manz (10)

Motion Pedinelli (SP) betreffend Einführung einer Offenlegungspflicht von unmittelbaren persönlichen Interessen für Parlamentsmitglieder / Erlass strenger Ausstandspflichten für die Mitglieder der ständigen Kommissionen

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Für die Mitglieder des Grossen Gemeinderates eine Offenlegungspflicht ihrer allfälligen unmittelbar persönlichen Interessen am zu behandelnden Geschäft einzuführen.
2. Ausstandsvorschriften der Mitglieder ständiger Kommissionen folgendermassen zu verschärfen:
 - a. Eine ausstandspflichtige Person darf an der Vorbereitung eines Geschäfts in keiner Weise mitwirken.
 - b. Sie darf bei der Diskussion des Geschäfts nicht anwesend sein und das Abstimmungsverhalten der Kommissionsmitglieder auch nicht auf andere Weise beeinflussen.

Begründung

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Behörden ist eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren eines Rechtsstaates. Dieses Vertrauen kann nur durch hohe Transparenz sowie durch die Gewährleistung einer korrekten Entscheidungsfindung erreicht werden.

Ad Ziffer 1

Die Verfassung der Einwohnergemeinde Worb sieht musterhaft vor, dass Mitglieder des Grossen Gemeinderates zu Beginn der Behandlung eines Geschäftes allfällige Interessenbindungen offenlegen müssen. Die Gemeinde Muri-Gümligen versteht sich als fortschrittliche Gemeinde, die hohes Gewicht auf Transparenz legt. Sie soll daher eine analoge Regelung einführen.

Ad Ziffer 2

Für die ständigen Kommissionen müssen künftig die strengen Ausstandsbestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRPG) Anwendung finden. Dies rechtfertigt sich aus dem Umstand, dass verschiedene Kommissionen Recht anwenden (Verfügungen erlassen). Es muss gewährleistet sein, dass die Entscheidungsfindung nicht durch befangene Personen beeinflusst wird. Durch geeignete Vorschriften muss künftig gewährleistet werden, dass niemand, der unmittelbar ein persönliches Interesse am Ausgang eines Geschäfts hat, durch seine Anwesenheit die Diskussion oder das Abstimmungsverhalten anderer beeinflussen kann. Zudem muss die Ausstandspflicht künftig garantieren, dass eine ausstandspflichtige Person an der Vorbereitung der entsprechenden Geschäfte nicht mitwirken darf. Eine Begründung der Ausstandspflicht auf die Nichtausübung des Stimmrechts in der entsprechenden Kommission genügt nicht. Der Gemeinderat wird beauftragt, die notwendigen rechtlichen Bestimmungen zu schaffen.

Muri, 13. Mai 2007

D. Pedinelli Stotz (SP)

F. Aebi, B. Marti, M. Graham, F. Ruta, P. Aeschmann, U. Wenger,
B. Wegmüller, J. Ziberi, S. Brüngger, M. Häusermann, J. Manz (12)

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Lee Streit (Forum) führt aus, an der letzten Parlamentssitzung habe man vom Zwischenbericht betr. Quartierinfo-Säulen Kenntnis genommen. Sie habe damals angekündigt, dass diese anfangs Juni zur Nutzung bereit sein würden. Nun sei es soweit. Am nächsten Samstag, 2. Juni 2007, würden die beiden Quartierinfo-Säulen offiziell eingeweiht, zwar ohne Rede, dafür mit einem Apéro. Im Melchenbühl finde dies im Bereich des Coops um 15.30 Uhr statt und in Muri bei den Eichen zwischen 17.00 und 18.00 Uhr. Alle seien herzlich eingeladen.

Die Vorsitzende informiert, der schönste Lauf im Aaretal finde am Sonntag, 24. Juni 2007 statt. Es sei ein Jubiläumslauf und alle Parlamentarier seien selbstverständlich aufgefordert und aufgerufen, mitzumachen, sei es zum Mithelfen oder Mitlaufen.

Zudem finde am Dienstag, 5. Juni 2007 bekanntlich der Parlamentsausflug statt. Die Anmeldefrist laufe demnächst ab und sie bitte all jene, welche sich noch nicht an- oder abgemeldet hätten, dies in den nächsten Tagen zu erledigen.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Barbara Künzi-Egli

Simon Laager